

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Katholische Verbände fordern gemeinsam Ausbau des sozialen Wohnungsbaus

Der Deutsche Caritasverband (DCV), der Familienbund der Katholiken (FDK) und der Katholische Siedlungsdienst (KSD) fordern in einem gemeinsamen Impulspapier mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien. Wohnungsnot treffe vor allem Familien mit besonderer Härte, sagte Caritas-Präsident Peter Neher. Wohnungsnot sei zu einer sozialen Wirklichkeit geworden, die gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial berge, so Neher. Die Bundesregierung habe mit ihrer Zusage fünf Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zweckgebunden zu investieren, einen ersten Schritt gemacht.

DCV, Familienbund und KSD befürworten die Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum, die die Bundesregierung im Koalitionsvertrag benennt, um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

<http://www.rcvfulda.caritas.de/pressemitteilungen/katholische-verbaende-fordern-gemeinsam-mehr-bezah/1302849/>

Kostenkontrolle bei Weiterbildungsträgern

Träger und Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung werden grundsätzlich durch fachkundige Stellen geprüft und zugelassen, teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke mit. Dabei werde auch geprüft, ob die Kostensätze angemessen sind, um eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung von Beitrags- und Steuermitteln in der Weiterbildungsförderung sicherzustellen. Die Kostensätze der zugelassenen Maßnahmen müssten bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) vorgelegt werden.

Auf dieser Grundlage ermittle die Bundesagentur für Arbeit jährlich die durchschnittlichen Kostensätze für das

jeweilige Bildungsziel. Diese durchschnittlichen Kostensätze dienten wiederum als Maßstab für die Prüfung, ob die Kosten angemessen sind, so die Antwort der Bundesregierung. Lügen Maßnahmekosten über den durchschnittlichen Kostensätzen, könnten sie von den fachkundigen Stellen mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit genehmigt und erstattet werden. Laut Bundesregierung habe der Zustimmungsvorbehalt der Bundesagentur für Arbeit zu einer besseren Kostenkontrolle geführt.

Allerdings habe sich gezeigt, dass die allgemeine Preisentwicklung nicht immer ausreichend berücksichtigt werde. Daher sei 2017 über eine Verordnung eine neue Regelung aufgenommen worden, welche die Bundesagentur für Arbeit ermächtige, bei der Ermittlung der durchschnittlichen Kostensätze für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung auch die allgemeine Preisentwicklung zu berücksichtigen.

www.bundestag.de

Konzept der Anker-Einrichtungen

Zentrale Elemente der Anker-Einrichtungen sind laut Bundesregierung die Bündelung aller Funktionen und Zuständigkeiten, also die Zusammenführung aller am Asylverfahren beteiligten Akteure sowie der Prozess-Schritte. Dies bedeute, dass von der Registrierung der Asylsuchenden über die Aufnahme und Unterbringung in der Anker-Einrichtung, über das Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis hin zu einer möglichen verwaltungsgerichtlichen Überprüfung der Entscheidung sowie der kommunalen Verteilung, ersten Integrationsmaßnahmen beziehungsweise der Rückkehr von abgelehnten Asylbewerbern, alles zentral geregelt werde. Konkret: Alle unmittelbar am Asylprozess beteiligten Akteure sollten vor Ort in den Anker-Einrichtungen vertreten sein, so die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die tatsächliche Umsetzung innerhalb der Anker-Einrichtungen erfolge laut Bundesregierung durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) gemeinsam mit den Ländern. Damit würden die einzelnen Prozess-Schritte in den Anker-Einrichtungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten in den Ländern umgesetzt werden. So träfen die einzelnen Länder bezüglich der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Anker-Einrichtungen individuelle Vereinbarungen mit dem BMI. Außerdem sollen in den Anker-Einrichtungen bereits bestehende Strukturen um das Angebot zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung, herkunftssprachlicher Wertevermittlung und Erstorientierung, Rückkehrberatung und Rechtsantragsstellen erweitert werden.

www.bundestag.de

100.000 Frauen 2016 in Deutschland obdachlos

In Deutschland waren 2016 nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) rund 100.000 Frauen in Deutschland wohnungslos. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke.

Insgesamt betrug die Zahl der wohnungslosen Menschen ohne Einbezug wohnungsloser Flüchtlinge im Jahr 2016 laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) etwa 420.000. Die Zahl der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge schätzt die BAG W auf gut 440.000 Menschen.

Die Bundesregierung will Wohnungslosigkeit besser zu erforschen und dabei geschlechtsspezifische Aspekte besser berücksichtigen. Deshalb fördere das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit September 2017 ein entsprechendes Forschungsprojekt, das im Frühjahr 2019 seine Ergebnisse vorstellen soll, kündigte die Bundesregierung an.

<http://www.bagw.de/de/presse/index~147.html>

Termine



Liebe und Überforderung – Pflege älterer Angehöriger zu Hause 04.12.2018 in Zürich. <https://www.zhaw.ch/de/sozialarbeit/weiterbildung/fachveranstaltungen/veranstaltungen-detail/event/detail/2431-20181204-liebe-und-ueberforderung-pflege-aelterer-angehoeriger-zu-hause/>

21. DIE-Forum Weiterbildung 3.–4.12.2018 in Bonn. <https://www.die-bonn.de/institut/die-forum/2018/default.aspx>

Münchner FreiwilligenMesse 2019 27.1.2019 in München <https://muenchner-freiwilligen-messe.de>

GEZIAL 2019. Berufsbildungsmesse für Gesundheits- und Sozialberufe 8.2.2019 in Augsburg. <https://www.gezial-augsburg.de/>

Berufliche Bildung zum Thema Digitale Welt - Bildung und Arbeit in Transformationsgesellschaften 11.–13.3.2019 in Siegen. <https://www.berufsbildung.nrw.de/cms/veroeffentlichungen/hochschultage-bb-2019/index.html>

Child maltreatment and well-being 21.–22.3.2019 in Berlin. <http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/en/v/cmw2019/index.html>

Werkstätten Messe 2019 27.3.–30.3.2019 in Nürnberg. <https://www.werks-taettenmesse.de>

5. Caritaskongress 27.–29.3.2019 in Berlin. <https://www.caritas.de/termine/caritaskongress-2019/71824/>

Call for Papers: Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) 26.–27.4.2019 in Stuttgart. <https://www.dgsa.de/aktuelles-aus-der-dgsa/>

Fachmesse für Rehabilitation, Therapie, Pflege und Inklusion 16.–18.5.2019 in Karlsruhe. <https://www.rehab-karlsruhe.com/website/home/index.jsp>

Caritas – Charity – Philantrophie – Corporate Citizenship 27.–29.6.2019 in Mettingen. <https://www.hsozkult.de/event/id/termine-37782>

11. Kongress der Sozialwirtschaft – Führung gestaltet 16.–17.5.2019 in Magdeburg. www.sozkon.de

Fachtagung Übergangsmanagement, DBH, Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik 24.–25.06.2019 in Frankfurt am Main. <https://www.dbh-online.de/bildungswerk/fachtagung/uebergangsmanagement>

IFSW EUROPA KONFERENZ: SOZIALSCHUTZ UND MENSCHENWÜRDE 8.–11.9.2019 in Wien. <https://www.ifsw.org/event/ifsw-europe-conference-social-protection-and-human-dignity/>

Invest in Future 15.–16.10.2019 in Stuttgart. <https://www.invest-in-future.de/>

36. Internationaler Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – Sicherheit, Gesundheit, Ergonomie 5.–8.11.2019 in Düsseldorf. <https://www.aplusa.de/>

partnern habe allerdings Korrekturbedarf bei der Definition der Zielgruppe und den außerunterrichtlichen Bildungsmaßnahmen festgestellt. Außerdem seien die Länder und Kommunen stärker in die Programmvorbereitung einzubeziehen, um struktur- und infrastrukturschwache Landkreise und Städte besser zu fördern. Ferner habe das laufende Programm die Grenzen ehrenamtlichen Engagements und die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung angemessen bezahlter Fachkräfte aufgezeigt. Die Linke vertrat den Standpunkt, dass kulturelle Bildung die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen fördere und sie so befähige durch Eigentätigkeit, Begegnung und Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu reflektieren und mitzugestalten. www.bundestag.de

Kein Zwangsdienst: Paritätischer lehnt Vorschlag für soziale Dienstpflicht ab

Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht sich gegen die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für alle aus. Lieber solle man die bestehenden Freiwilligendienste, in denen sich heute bereits über 100.000 junge Menschen engagierten, besser ausstatten und noch attraktiver gestalten, fordert der Verband. Dafür brauche es ein höheres Taschengeld, mehr Flexibilität und bessere Rahmenbedingungen. Außerdem mehr Teilzeitmöglichkeiten, um die Vereinbarkeit mit der Erziehung eines Kindes zu gewährleisten, um die Inklusion von Menschen mit Behinderung und vieles mehr.

Der Paritätische betonte, dass man Personalprobleme nicht mittels Dienstverpflichteter lösen könne.

<https://www.der-paritaetische.de/presse/zwangsdienst-paritaetischer-lehnt-vorschlag-fuer-soziale-dienstpflicht-ab/>

Waffen aus dem 3D-Drucker sind Schusswaffen

Für die Bundesregierung sind Waffen aus dem 3D-Drucker Schusswaffen nach der waffenrechtlichen Bestimmung. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Der Umgang mit Schusswaffen bedürfe grundsätzlich einer Erlaubnis. Der Ausdruck einer ein-

CDU/CSU und SPD lehnen Antrag zu kultureller Bildung ab

Der Antrag der Partei Die Linke zur Weiterentwicklung des Bundesprogramms »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« wurde von CDU/CSU und SPD abgelehnt.

Etwa 29 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren gelten unter

anderem aufgrund von Arbeitslosigkeit oder niedrigem Bildungsabschluss der Eltern als benachteiligt, daher werde im Zeitraum von 2013 bis 2017 das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte und finanzierte Bundesprogramm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« angeboten.

Eine Zwischenevaluation der Prognose AG und Auswertungen von Programm-

satzfähigen Schusswaffe mit einem 3D-Drucker sei eine gewerbsmäßige oder nichtgewerbsmäßige Waffenherstellung. Dafür sei eine Waffenherstellungserlaubnis erforderlich. Eine gewerbsmäßige Waffenherstellung ohne Erlaubnis könne eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren nachschieben, für die nichtgewerbsmäßige Waffenherstellung eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Im Nationalen Waffenregister, das seit 2013 den legalen privaten Waffenbesitz in Deutschland regelt, sei laut Bundesregierung bislang keine mit einem 3D-Drucker gedruckte Schusswaffe registriert. Auch sind den Angaben zufolge bislang keine Fälle aus Deutschland bekannt, in welchen in 3D-Druckern hergestellte Schusswaffen bei der Begehung von Straftaten zum Einsatz gekommen sind.

www.bundestag.de

Bundesprogramm »Demokratie leben!« wird nicht überwacht

Das Bundesprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird nicht vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor.

Die Projekte des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Bundesprogramms »Demokratie leben!« wollen nach eigenen Angaben »ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene fördern«. Hierzu unterstütze das Bundesprogramm unter anderem »Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler-, Opfer- und Ausstiegsberatung«.

www.bundestag.de

Die Evangelische Kirche vertieft Dialog mit Islam

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat beschlossen, den interreligiösen Dialog mit dem Islam weiterzuführen und zu intensivieren. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion über den Islam in Deutschland sei eine aktive Beteiligung an diesem Dialog auch Ausweis der Verständigungs-

bereitschaft und Friedensfähigkeit notwendig, heißt es im Positionspapier der EKD.

In der deutschen Bevölkerung hat der christlich-islamische Dialog breiten Rückhalt. Dies zeigt eine repräsentative Befragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, wonach 63 Prozent der Deutschen eine Fortsetzung oder Verstärkung dieses Gesprächs befürworten. Als Ziel des Dialogs steht mit einer Zustimmung von 67 Prozent der Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an erster Stelle. Drei Viertel (75 Prozent) der Bevölkerung sprechen sich in der Befragung für die Zusammenarbeit von Christen und Muslimen in Kindertagesstätten aus. Immerhin ein Drittel (33 Prozent) befürwortet auch den islamischen Religionsunterricht in Schulen.

<https://www.ekd.de/evangelische-kirche-will-dialog-mit-islam-vertiefen-37762.htm>

FDP fordert 70 Tage für kurzfristige Beschäftigung

Die Sonderregel, nach der eine kurzfristige Beschäftigung 70 statt 50 Tage dauern darf, läuft zum Jahresende 2018 aus. Die FDP-Fraktion fordert in einem Antrag die 70-Tage-Regelung bei kurzfristiger Beschäftigung zu entfristen. Als Begründung weisen die Liberalen darauf hin, dass die Lockerung der zeitlichen Begrenzung nicht zu einer Zunahme der kurzfristigen Beschäftigung geführt und sich in den vergangenen Jahren bewährt habe. Die Dauer von 70 Arbeitstagen oder drei Monaten entspreche beispielsweise genau dem Zeitraum, in dem landwirtschaftliche Betriebe auf saisonale Erntehelfer angewiesen seien.

www.bundestag.de

Spagat zwischen Rabenmutter und Karrierefrau

Mütter die lediglich zwei Monaten Elternzeit in Anspruch nehmen, werden deutlich seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen als Frauen, die ein Jahr Elternzeit genommen haben. Dies zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin. Dieser Befund sei ernüchternd, schreibt die Autorin der Studie. Frauen, die nur kurz in Elternzeit gehen, würden als »Rabenmütter« wahrgenommen. Sie gelten im Vergleich zu Frauen,

die ein Jahr Elternzeit genommen haben, als zu ehrgeizig und egoistisch. Bei Männern hingegen beeinflusst die Dauer der Elternzeit ihre Chancen zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden nicht.

https://www.boeckler.de/116100_116116.htm

Datenschutz in den Jobcentern

Personenbezogene Daten zur Inanspruchnahme von SGB-II-Leistungen müssen erst zehn Jahre nach Beendigung des Falls gelöscht werden. Dies ist nach Meinung der Bundesregierung gerechtfertigt, wie sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mitteilte. Im Gegensatz dazu empfiehlt die Bundesdatenschutzbeauftragten eine Löschung nach fünf Jahren. Die Bundesregierung hält die Zehn-Jahres-Frist für notwendig, weil sie auf der gesetzlichen Möglichkeit der Rückforderungen von Leistungen beruhe, sollte in diesem Zeitraum bekannt werden, dass Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

www.bundestag.de

Befristete Stellen

8,3 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse waren 2017 in Deutschland befristet. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Außerdem finden laut Bundesregierung rund 23 Prozent der befristet Beschäftigten keine Dauerstelle und davon wollen auch nur knapp fünf Prozent eine. Die Befristungsquoten waren insbesondere bei jungen Menschen bis 24 Jahre (26,4 Prozent), bei Akademikern (10,9 Prozent) und Menschen ohne Bildungsabschluss (16,6 Prozent) sehr hoch. Ausländer waren außerdem deutlich mehr betroffen (16,4 Prozent) als Deutsche (7,8 Prozent).

www.bundestag.de

Wirkungen von Mietpreisbremse, Sozialem Wohnungsbau und Wohngeld

Wohngeld, finanzielle Förderung von Sozialwohnungen und die Mietpreisbremse – keines der Instrumente erreicht vollständig die gesetzten Ziele. Dies geht aus einer neuen, von der Hans-Böckler-

Stiftung geförderte Studie hervor. Zwar sei die Förderung von Sozialwohnungen grundsätzlich wirksam, um eine bezahlbare Wohnraumversorgung zu erreichen, allerdings seien die Befristungen der Förderprogramme problematisch, weil sie dem Aufbau eines dauerhaft leistbaren Wohnungsbestandes entgegenstehen, so die Wissenschaftler. Die Mietpreisbremse hingegen sei durch zahlreiche Ausnahmen und praktische Defizite kaum wirksam. Bei konsequenter Anwendung müssten Vermieter im Durchschnitt der 44 Großstädte mit Mietpreisbremse ihre Aufschläge bei Neuvermietung um 17 Prozent reduzieren. Als am wenigsten wirksam identifizierten die Experten das Wohngeld, da es nur relativ wenige Haushalte erreiche. Dr. Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel analysieren in der Studie anhand von detaillierten Mikrozensus-Daten für alle 77 deutschen Großstädte, wie die wohnungspolitischen Instrumente angesichts der aktuellen Probleme wirken. Um eine soziale Wohnungsvergung sicher zu stellen, ist nach Ansicht der Wissenschaftler der langfristige Aufbau von dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsbeständen sowie ein konsequenter Schutz von Bestandsmietverhältnissen nötig.

https://www.boeckler.de/pdf/pm_fofoe_2018_09_18.pdf

Caritas kritisiert Einstufung der Maghreb-Staaten und Georgiens als sichere Länder

Der Deutsche Caritasverband fordert in einer Stellungnahme dazu auf, von einer Einstufung der Länder Marokko, Algerien, Tunesien und Georgien als sichere Herkunftsstaaten abzusehen. So würde bereits gesetzlich vorausgesetzt, dass Menschen, die in diese Länder abgeschoben werden, keine Gefahr für Leib und Leben drohe. Der Deutsche Caritasverband sieht das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten grundsätzlich kritisch. Laut Bundesverfassungsgericht ist es zur Bestimmung eines Landes als sicherer Herkunftsstaat unerlässlich, dass die Sicherheit vor politischer Verfolgung landesweit und für alle Menschen gewährleistet ist. Zudem dürfe den Menschen im entsprechenden Land keine unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe drohen. Men-

schenrechtsorganisationen berichten jedoch über unmenschliche und erniedrigende Behandlungen in Haft sowie Behördenwillkür in Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien, so Caritas Präsident Peter Neher.

<https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/caritas-sieht-gefahr-der-vorwegnahme-ind>

Rechts motivierte Straftaten im Juli 2018

28 Menschen sind im Juli diesen Jahres in Deutschland infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke hervor. Demnach wurden für Juli 2018 insgesamt 860 solcher Straftaten gemeldet, darunter 40 Gewalttaten. Die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen beläuft sich laut Vorlage auf 448.

www.bundestag.de

Broschüre »Digital Streetwork« – Soziale Medien in der Asyl- und Migrationsberatung

Wie nutzen Geflüchtete Soziale Medien? Und welche Schlüsse können daraus für die Beratungsarbeit gezogen werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Broschüre »Digital Streetwork«. Gedruckte Exemplare können gegen eine Versandkostenpauschale beim Informationsverbund Asyl und Migration bestellt werden. Sie steht aber auch kostenfrei zum Download bereit:

<https://www.asyl.net/view/detail/News/broschuere-digital-streetwork-soziale-medien-in-der-asyl-und-migrationsberatung/>

Elternnachzug zu jungen Geflüchteten

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat ein Fachinformationsblatt veröffentlicht, in dem die Folgen aus dem Urteil des EuGH vom 12. April 2018 (C-550/16) zum Elternnachzug zu anerkannten minderjährigen Flüchtlingen für die Beratungspraxis erläutert werden:

https://fluechtlingshelfer.info/fileadmin/user_upload/DRK-Suchdienst_Fachinformation_Familienzusammenfuehrung_Fluechtlinge__September_2018_.pdf

DJI-Studie zum Stand der Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Der von Selina Kappler und Marie-Theres Pooch besorgte »Datenreport des Monitorings zum Stand der Prävention an Kindern und Jugendlichen in Deutschland (2015-2018) zu den Handlungsfeldern Schulen und Internet« (Teilbericht 5) ist im September erschienen. Er steht auf der Website des Deutschen Jugendinstituts zum Download bereit:

<https://www.dji.de/medien-und-kommunikation/publikationen/detailansicht/literatur/25958-datenreport-des-monitorings.html>

Erneut Steigende Gesundheitskosten in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz sind die Gesundheitsausgaben im Jahr 2016 erneut gestiegen. Die medizinische Versorgung habe knapp 18 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit benötigt. Das waren 0,7 Milliarden Euro bzw. 3,9 Prozent mehr als 2015 (Deutschland: plus 3,8 Prozent). Dies geht aus den Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems hervor. Damit setze sich der Trend der letzten Jahre fort: Zwischen 2008 und 2016 erhöhten sich die Gesundheitsausgaben im Land insgesamt um 33,6 Prozent (Deutschland: plus 33,9 Prozent). Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs um 3,7 Prozent (Deutschland: ebenfalls 3,7 Prozent). Damit habe jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder Rheinland-Pfälzer 2016 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 4.423 Euro bezahlt. Damit überstiegen die Ausgaben pro Person den Bundesdurchschnitt, der sich bei 4.330 Euro befinde.

https://www.statistik.rlp.de/no_cache/de/gesellschaft-staat/bildung/pressemitteilungen/einzelsicht/news/detail/News/2572/

Neue Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse

Eine Ende September in Berlin erstmals zusammengekommene Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« soll künftig für mehr Gleichheit der

Lebensverhältnisse in den Bundesländern sorgen. Den Vorsitz hat der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, Co-Vorsitzende sind die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey. Die Kommission will in sechs Arbeitsgruppen bis zum Sommer 2019 konkrete Konzepte zur Angleichung der Lebensverhältnisse entwickeln. Wichtige Themen sind dabei der Breitbandausbau, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs oder kommunale Altschulden. Am soll ein Solidarpakt drei stehen, der strukturschwache Regionen in Deutschland unterstützt.

https://www.deutschlandfunk.de/jahresbericht-zur-deutschen-einheit-lebensverhaeltnisse.769.de.html?dram:article_id=429115

Veröffentlichung der Internationalen Charta des fairen Handels

Mehrere Fair-Trade-Organisationen haben anlässlich des dritten Jahrestages der Verabschiedung der Agenda 2030 eine neue internationale Charta des fairen Handels veröffentlicht. Sie legt die grundlegenden Werte des fairen Handels fest und definiert eine gemeinsame Vision für eine gerechtere Welt und zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Über 250 Organisationen haben sich zusammen geschlossen, um die Internationale Charta des Fairen Handels und ihre gemeinsamen Werte und Vision einer gerechteren Welt sowie einer nachhaltigen Entwicklung zu verbreiten und umzusetzen.

<https://www.forum-fairer-handel.de/nc/aktuelles/artikel/neue-internationale-charta-des-fairen-handels-veroeffentlicht/>

Regionale Unterschiede bei beruflicher Weiterbildung

Bei der Weiterbildung gibt es einer Studie zufolge große regionale Unterschiede. Dies belegt eine Analyse des Hasso-Plattner-Instituts (HPI) und der von der Bertelsmann-Stiftung zeitgleich veröffentlichte Deutsche Weiterbildungsatlas. Dabei ist Baden-Württemberg der

absolute Spitzenreiter unter den Bundesländern bei der Weiterbildung. Die Großstädter in Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim nutzen der Studie zufolge die kostenlosen Onlinekurse des Instituts zu IT- und Innovationsthemen am häufigsten. Etwa 15,3 Prozent aller über 25-Jährigen nehmen in Baden-Württemberg an einer Weiterbildung pro Jahr teil, in Deutschland sind es durchschnittlich nur 12,2 Prozent.

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/september/nach-wie-vor-grosse-regionale-unterschiede-bei-der-weiterbildung/>

Bundesregierung räumt zunehmende Wohnungsnot vor VN ein

Die Bundesregierung hat vor den Vereinten Nationen in Genf eine zunehmende Wohnungsnot in Deutschland eingeräumt. Während der Anhörung der Bundesregierung vor dem Sozialausschuss der Vereinten Nationen (UN) im Rahmen des regelmäßigen Staatenberichtsverfahrens am 25. September 2018, erklärte Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, dass Deutschland das Grundrecht auf Wohnen garantieren wolle. Außerdem sagte Böhning, dass die Bundesregierung den Pflegenotstand und die Kinderarmut in Deutschland stärker zu bekämpfen werde. Deutschland hat 1966 den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert. Unabhängige Experten, die im Ausschuss zum Sozialpakt sitzen, überprüfen turnusmäßig die Umsetzung des Paktes in den jeweiligen Mitgliedsländern. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften hatten der Bundesregierung vorgeworfen, zu wenig gegen die wachsende Armut im Land zu tun.

<https://jugendsozialarbeit.news/magelhafte-umsetzung-sozialer-menschenrechte-bundesregierung-raeumt-vor-un-zunehmende-wohnungsnot-ein/>

334.000 Geflüchtete nehmen an Integrationskursen teil

Etwa 334.000 Ausländer haben 2015 und auch im ersten Halbjahr 2016 einen Integrationskurs in Deutschland ange-

fangen. 2015 waren es rund 179.000 neue Kursteilnehmer und im ersten Halbjahr 2016 rund 154.000. Dies besagt eine Antwort (der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

www.bundestag.de

Jobmotor Altenpflege

Laut den Angaben der Bundesregierung hat sich die Altenpflege in Deutschland zu einem regelrechten Jobmotor entwickelt. So sei die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich zwischen 2001 und 2013 von rund 665.000 auf rund eine Million gestiegen. Dies geht aus einer Unterrichtung der Bundesregierung an den Bundestag über den 6. Pflegebericht hervor. Danach stieg die Zahl der Beschäftigten bei ambulanten Pflegediensten zwischen 2009 und 2013 um rund 19 Prozent, von 269.000 auf 320.000. Im selben Zeitraum habe sich die Zahl der Leistungsempfänger um 13 Prozent auf rund 1,74 Millionen im Jahr 2013 erhöht. In den Pflegeheimen stieg die Zahl der Beschäftigten laut Angaben seit 2009 um rund zehn Prozent auf rund 685.000 im Jahr 2013. Währenddessen sei die Zahl der stationären Leistungsbezieher um rund sechs Prozent angestiegen, auf rund 740.000 im Jahre 2013. Im ambulanten und im stationären Bereich der Pflege sind die meisten Beschäftigten Frauen (87 beziehungsweise 85 Prozent).

www.bundestag.de

Experten kritisieren Pflegepersonal-Stärkungsgesetz

Bei den Gesundheitsverbänden stößt das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz auf starke Bedenken. Das das Pflegepersonal in der stationären Kranken- und Altenpflege aufgestockt werden soll, wird begrüßt, doch die dazu vorgesehenen Methoden kritisch hinterfragt. Dies geht aus schriftlichen Stellungnahmen der Experten hervor und zeigte sich bei einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses im Bundestag. Die Fachverbände warnen vor allem davor, die unterschiedlichen Pflegebereiche gegeneinander auszuspielen, da Nachteile für die Altenpflege und die ambulante Pflege gegenüber der Krankenhauspflege befürchtet werden.

www.bundestag.de

Kennzahlen

400

Zahl der Unternehmen in Deutschland, welche die Gemeinwohlökonomie unterstützten. Mit dabei sind Kommunen, Universitäten, Schulen und andere gesellschaftliche Institutionen.

(https://www.deutschlandfunk.de/gemeinwohl-oekonomie-wie-viel-nachhaltigkeit-laesst-die.724.de.html?dram:article_id=412532)

500

Zahl der bilanzierten Unternehmen weltweit, die die Gemeinwohlökonomie unterstützen und sich zertifizieren lassen.

120

Zahl der Unternehmen in Deutschland, die bislang eine Gemeinwohl-Bilanz vorgelegt haben.

(https://www.deutschlandfunk.de/gemeinwohl-oekonomie-wie-viel-nachhaltigkeit-laesst-die.724.de.html?dram:article_id=412532)

49

Anzahl der Regionalgruppen in Deutschland, die Mitglied der Gemeinwohlökonomie-Bewegung sind.

(https://www.ecogood.org/media/filer_public/7f/07/7f07f648-b714-4b62-816c-d4ff9480ce1a/2018mai15_gwo-pi.pdf)

2010

Das Jahr, in dem die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung in Österreich von Christian Felber ins Leben gerufen wurde.

(https://www.ecogood.org/media/filer_public/7f/07/7f07f648-b714-4b62-816c-d4ff9480ce1a/2018mai15_gwo-pi.pdf)

9646

Anzahl der Privatpersonen, die das Konzept der Gemeinwohlökonomie aktiv unterstützen.

(<https://www.ecogood.org/de/>)